

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Das Programm der erhöhten Kohlenförderung.

Konferenz im Ernährungsministerium.

Eine Rede des Ernährungsministers.

Von uns vor einigen Tagen angekündigte Besprechung der Vertreter der Bergarbeiterverbände mit dem Ernährungs- und Arbeitsminister in Frage kommenden Fragen fand heute vormittag im Reichsernährungsministerium statt. Es sind rund achtzig Vertreter veranlagt, die von Arbeitgeber- als von Arbeitnehmerseite. Nicht nur aus dem Braunkohlengruben, sondern auch aus den Braunkohlengruben sich Interessenten eingeladen. Vertreten sind u. a. der Verein der Braunkohlengruben in Dortmund, der Verein für bergbauwirtschaftliche Interessen Niederschlesiens, der rheinischen Braunkohlengrubenindustrie, die westfälischen Kohlenindustrie und die Vertreter sämtlicher Bergarbeiterverbände. Von bekannteren Persönlichkeiten sah man den Reichsernährungsminister Dr. Stinnes, die Abgeordneten Gue, Zambusch, Nieper und andere.

Die Beratungen haben unter dem Vorsitz des Reichsernährungsministers Dr. Stinnes um 12 Uhr begonnen. Von Regierungssseite sind ferner vertreten der Reichsarbeitsminister Dr. Gumbel, der Reichswirtschaftsminister Dr. Gumbel, die Leiter der verschiedenen Ernährungsabteilungen und verschiedene Regierungspräsidenten. Reichsernährungsminister Dr. Stinnes hat die Sitzung mit einer Ansprache, in der er darauf hingewiesen, daß es sich bei der Konferenz nicht um Be-

sprechungen einer einzelnen Frage handle, sondern daß vielmehr gesamte Komplex der Fragen, der zur Förderung unserer Kohlenproduktion beitragen könnte, in Zusammenhang erörtert werden soll. Wir haben", so führte der Minister aus, "die Erfahrung gemacht, die auch in Spa immer wieder vertreten wurde, daß diese Fragen nicht einzeln betrachtet werden dürfen, sondern daß die Auswirkung der einen Frage auf die anderen so außerordentlich stark ist, daß sie im Zusammenhang erörtert und durchgeführt werden müssen. Darum ist es auch nicht möglich, die Ernährungsfrage etwa herauszugreifen."

In der anschließenden Debatte wurden die verschiedensten Fragen berührt, wie **Bemehrung der Seelagschaft, Stärkere Ziehung, um Arbeiterwohnungen zu schaffen, Stärkere Veranzugung der Braunkohlengrubenindustrie**. Selbstverständlich spielt die Ernährungsfrage eine sehr große Rolle, wie dies auch von allen Seiten gleichmäßig hervorgehoben wurde. Die Ansprache gestaltete sich sehr lebhaft; sowohl von Seiten der Arbeitgeber als der Arbeitnehmer wurde eifrig eingegriffen. Auch der Reichstagsabgeordnete Stinnes nahm daran regen Anteil.

Die Sitzung dauerte bei Redaktionsstillstand noch an und dürfte sich bis in die Abendstunden hinzuziehen, da man noch heute zu einem greifbaren Ergebnis kommen will. Das Ergebnis der heutigen Konferenz soll als Unterlage dienen für eine im Ruhrrevier unter Beteiligung der Regierung abzuhaltende gemeinsame Sitzung der Arbeitsgemeinschaft im Ruhrkohlenbergbau.

Die Innen- und Außenpolitik Bayerns.

Die französische Gesandtschaft in München.
Von unserem Korrespondenten
Leonhard Adelt.

München, 21. Juli.

Die Regierung hat die Regierung Kahr abgelehnt. Schwarz ist, nach wie vor, in Bayern Kampf, und boshafte Gemüter wollen einen geistigen Zusammenhang zwischen dieser Lattade und der sommerlichen Ueberhäufung Münchens mit frommen Passionspielen vermuten. Aber es wäre unecht, zu verkennen, daß sich das Programm der Regierung Kahr über Parteibindung und Parteinteressen erhebt, daß es eine breite Basis gefunden hat, die sogar den Mehrheitssozialisten die Latte Mitarbeit ermöglichen könnte. Die Mitarbeit der Demokratischen Partei jedenfalls erscheint dadurch bis zu einem gewissen Grade erklärlich — ganz abgesehen davon, daß sich die große Mehrheit ihrer Mitglieder mit der Vorstellung der Demokratischen Fraktion als Oppositionspartei nicht abgefunden hätte. Ginnal entschlossen, mitzutun, hat die demokratische Fraktion unter ihrem tatkräftigen neuen Vorsitzenden Dr. Dirx von vornherein durch intensive Geschäftnahme auf das Regierungsprogramm jene Garantien gesucht, die in einer völligen Umgestaltung und weitreichenden Ergänzung des von der Bayerischen Volkspartei vorgelegten ursprünglichen Entwurfes zutage treten. Der rechtsdemokratische Justizminister Dr. Müller-Meinungen ist allerdings durch den Deutschnationalen Dr. Roth erlegt worden, der bei den Sozialisten nicht ohne Grund als Schwarmmacher gilt und sich als Bezirksamtmann seines Ungehorsams gegen die sozialistische Regierung Hoffmann förmlich rühmt.

Sehr zu beachten ist im Reich die starke Betonung der bayerischen Selbständigkeit; sie soll sich zwar programmäßig im Rahmen der Reichsverfassung halten und nicht deshalb auch den Staatspräsidenten nach dem Beispiel Württembergs nur in Verbindung mit dem Amt des Ministerpräsidenten vor, doch macht ja die Bayerische Volkspartei sehr wohl daraus, daß sie darüber hinaus eine Rückgliederung der Reichsverfassung im föderalistischen Sinne auftritt.

Wenn man auf der einen Seite sieht, wie in Münchener Mittelschulen die Schlußfeier zu einer Verherrlichung des „glorreichen wilhelminischen Zeitalters“ mißbraucht wird, wie dynastische Intriganten zwischen King und Regensburg, Wien und der Schweiz verhandeln, um die großbayerische Idee mit der großabsburgischen in Einklang zu bringen, und ein organisierter Waffenübergang nach Tirol im Schwange ist, während auf der anderen Seite die radikalen Sozialisten die Vorbereitungen zur Gegenwehr mit bewaffneter Hand offen eingestellt, so wird man sich den optimistischen Glauben des Herrn v. Kahr an sozialen Ausgleich und Veröhnung nicht ohne weiteres zu eigen machen. In demokratischen Lager sollte jedenfalls kein Zweifel darüber sein, daß sich in den Zielen und Methoden der vereinigten Mittelpartei keine Brücke schlagen läßt. Diejenigen, welche von einer großen liberalen Arbeitsgemeinschaft zwischen Demokraten und Deutsche Volkspartei träumen und heute schon im Sinne des Herrn Lent das misliebige Wortlein „demokratisch“ durch „liberal“ erlesen, rechnen nun auf ein Zerwürfnis zwischen den beiden Rechtsparteien, wofür sich Anzeichen ergeben haben. Aber selbst eine erfolgte Spaltung der Mittelpartei würde noch nicht eine Neigung der Deutschen Volkspartei nach der anderen Seite bedeuten; viel näher läge der Verdacht, daß es der Deutschen Volkspartei nur darum zu tun sein würde, noch mehr innerlich unklare Elemente von der Demokratie zu sich herüberzuziehen oder den ganzen rechten Flügel von ihr auszulagern.

Nicht in dem Regierungsprogramm, wohl aber in seinen anschließenden Bemerkungen dazu hat Herr v. Kahr auch zu den Fragen der deutschen Außenpolitik Stellung genommen und rund heraus erklärt, daß seine Regierung eine Einflusnahme von dritter Seite auf das Verhältnis Bayerns zum Reich nicht zulassen könne. Auf gleichen Lage empfangen der französischen Gesandten Dard, der sein Vertrauensschreiben überreichte. Niemand wird dieses zeitliche Zusammenreffen zweier politischer Vorgänge von programmatischer Bedeutung für rein zufällig halten, und da der Tenor der Kahr'schen Rede auch im übrigen eine demonstrative Betonung der bayerischen Reichstreue war, so erregt die Art der Dieb gegen jene „dritte Seite“ als eine Absicht Frankreichs. Ganz so liegt der Fall nun freilich nicht, Gewiß hat sich die bayerische Regierung den Vorstellungen der Reichsregierung loyal angeschlossen und diese Solidarität nach der trotzdem erfolgten Ernennung des Herrn Dard neuerlich bezeugt. Gewiß hat ferner die formlose Befragung des Münchener Gesandtenpostens ohne Rückhalt auf den Einpruch des Reiches und ohne die diplomatisch übliche Voranfrage stark verstimmt (was Herr Kahr persönlich freilich nicht hinderte, den Antrittsbefehl mit überhöflicher Eile zu erwidern). Bayern, schon in seinem Verhältnis zur Reichsregierung so empfindlich, betrügt es aber ganz und gar nicht, von einer fremden Macht als willensloser Vasall behandelt zu werden, und noch viel weniger wird die Gendeutigkeit der Ziele, die sich trotz aller gegenteiligen Beteuerungen aus Paris in dieser Befragung zu diesem Zeitpunkt verrät, bei ihm verlangen. Es ist Frankreichs alter Fehler politischer Kurzsichtigkeit, daß es in der Beurteilung der Verhältnisse nur das sehen will, was seinen Wünschen und Zielen entspricht. Derselbe Urteilslosigkeit, die es vom Jahr zu dem Glauben an einen Dorian'schen Rheinbund von seinen Gnaden verführt, ver-

Räumung Warschaus durch die Zivilbevölkerung?

Krasin und Kamenev an der Fahrt nach England verhindert.

Paris, 23. Juli. (Holländisch Neomsbureau.) Hier liegen Nachrichten über die Räumung Warschaus durch die Zivilbevölkerung vor. Genauere Angaben über die Lage an der polnischen Front fehlen, da seit zwei Tagen kein amtlicher polnischer Bericht eingetroffen ist.

Kopenhagen, 23. Juli. (W. I. B.) Berling'sche Tidende" meldet aus Reval: Die russische Delegation unter Führung Krassin und Kamenev kam am Dienstag hier an. Das englische Kriegsschiff, die nach England überfahren sollte, hat Befehl erhalten, die Flotte nicht an Bord zu nehmen. Krasin hat deswegen versucht, einen privaten Dampfer zur Fahrt nach England einzuladen.

Danzig, 23. Juli. (W. I. B.) Die „Danziger Zeitung" meldet, ist gestern morgen im Hafen ein polnischer Dampfer mit Kriegsgerät für Polen eingelaufen, den die Hafenarbeiter nicht an Bord lassen wollten, da die Arbeiter sich weigerten, diese zu auszuführen. Lemahle sich der polnische Vertreter um die Verletzung des Christlichen und des Deutschen Transportarbeiterbundes und begab sich mit den Führern der Organisationen nach Schwabauer; eine Einigung kam jedoch nicht zustande, da die Arbeiter drohten, die gesamte Hafenarbeit zum Stillstand zu bringen, wenn einige Arbeitswillige die Arbeit aufnehmen würden. Die Organisationsleiter haben daraufhin ihre Tätigkeit eingestellt.

Warschau, 23. Juli. (T. II.) Polnischer Heeresbericht vom 22. Juli: Südlich Grodno kämpfte sich unsere Abteilungen an der Landstraße Soltwa-Grodno kämpfe und verdrängen den Gegner aus den Orten Grodopopol, Krasna, Polozkaja und näherten sich den Forts von Grodno. An Elzora Planteleten und Erkundungsgesche. Bei Moskala verteidigte der Feind überlegen. wurde aber unter schweren Verlusten zurückgeworfen. Nördlich Slogim sind heftige Kämpfe im Gange. Der Feind verdrängte hier den Fluß zu forcieren, wurde aber gewonnen, an das westliche Ufer zurückzuführen. Bei Lofka Planteleten und Vorkampfsgefechte. Bei Goleze wollte der Feind den Ort besetzen, wurde jedoch abgewiesen. Bei Rzeczycze und Goleze stehen unsere Abteilungen im schweren Kampf mit den Feindlichen. Westlich von Rzeczycze verdrängen wir den Feind aus dem Ort und Metaszel und erbeuteten eine Menge Kriegsmaterial. Der Kämpfe Radzivilow-Dubno dauern die schweren Kämpfe den Tag über an.

Wie aus Warschau gemeldet wird, sind zwanzig russische militärische Divisionen herangezogen worden und an der Offensive im Norden zwischen Suwalki und Augustow im Gange. In Kürze soll eine entscheidende Schlacht stattfinden. Wie weiter gemeldet wird, bereiten die Polen die Räumung Warschaus vor.

Nicht einen Zoll deutschen Bodens.

Bei der Berliner Vertretung der Moskauer Regierung ist man sehr erfahren, heute früh ein Telegramm eingelaufen, in dem die Sowjetregierung erneut versichert, nicht einen Zoll deutschen Bodens betreten zu wollen, und daß es das eifrigste Bestreben der Sowjetregierung wäre, mit Deutschland Frieden und besten Beziehungen zu haben.

Banderbill

(Telegramm.)

Paris, 23. Juli. (W. I. B.)

Der amerikanische Millionär William Banderbill ist gestern in seiner hiesigen Wohnung in Paris gestorben.

Um Bela Khus Auslieferung.

Durch W. I. B. wird erklärt: Die österreichische Regierung ist der Aufforderung der deutschen Regierung, den Transport kriegsgefangener Russen, bei dem sich auch politische Persönlichkeiten befinden, wieder zu übernehmen, nicht nachgekommen. Der Transport hat durch die Ablehnung der österreichischen Regierung den Anspruch auf Exterritorialität verloren. Der Transport ist einem Durchgangslager zugeführt worden. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene ist mit der Feststellung beauftragt, welche Angehörige des Transportes tatsächlich kriegsgefangene Russen sind. Es ist Vorfrage getroffen, daß diese sofort ihrer Heimat zugeführt werden. Die nicht als Kriegsgefangene festgestellten Persönlichkeiten werden bis zur endgültigen Entscheidung über ihre weitere Behandlung zurückgehalten.

Die ungarische Regierung hat, wie wir hören, durch ihren Berliner Gesandten mit dem Auswärtigen Amt Fühlung genommen, um die Auslieferung Bela Khus, der sich gegenwärtig in einem Internierungslager mit anderen Inhaftierten des österreichischen Transportes befindet, zu erreichen. Die Stellungnahme der Reichsregierung, die sich zunächst auf die Forderung des allgemeinen Unrechts für politische Verbrecher beruht, dürfte von der Form und der Art abhängig sein, in der die ungarische Regierung ein eventuelles offizielles Auslieferungsbegehren stellt. Andernfalls ist anzunehmen, daß Khus als „kämpferischer Ausländer" ausgewiesen werden würde, und danach das Recht hätte, die Niederdruckgrenze selbst auszuweichen.

Die Verhandlungen Hugo Stinnes' mit der französischen Industrie.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

W. Basel, 23. Juli.

Aus Paris wird gemeldet: Der „Populaire" teilt mit, daß Herr Chéradame aus der Redaktion der „Democratie Nouvelle" und gleichzeitig aus dem Exekutivkomitee der gleichnamigen Partei ausgeschieden ist, weil der Leiter der „Democratie Nouvelle" die Aufnahme eines Artikels verweigerte, der sich gegen die Tendenzen in der französischen Industrie richtete, die auf die Herstellung einer Interessengemeinschaft mit Hugo Stinnes in der Kohlenfrage hinarbeitete. Die Verweigerung der Aufnahme des Artikels soll erfolgt sein, weil der Besitzer der „Democratie nouvelle", Letailleur-Vybis, angeblich in Unterhandlungen mit Finanzkreisen stand, die ein Interesse daran haben, zu einer Interessengemeinschaft mit Hugo Stinnes zu kommen mit dem Ziele, von Stinnes Kohlen für die Belieferung ihrer Unternehmungen zu erhalten. Der in Frage kommende Artikel wird heute von der „Action Française" veröffentlicht.

Die Türkei unterzeichnet.

Amsterdam, 23. Juli. (W. I. B.)

„Times" melden aus Konstantinopel: Die Regierung beschloß, Reichs bei in Paris telegraphisch zu beauftragen, den Entente-mächten mitzutellen, daß die Türkei den Friedensvertrag unterzeichnete, und daß die mit der Unterzeichnung beauftragten Delegierten so schnell wie möglich nach Paris reisen werden. Nach einer Meldung der „Times" aus Teheran hat England sein Einverständnis damit erklärt, daß Emir Abdulla, der Sohn des Königs von Hedhas, als Oberhaupt des arabischen Königreichs von Mesopotamien auftritt.

Zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Berliner Lebensmittelhandels sind auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums die Tarifverhandlungen erneut aufgenommen worden. Unter Vorsitz des Referenten Dr. Tiburtius hat eine Einigungsverhandlung am gestrigen Donnerstag im Reichsarbeitsministerium stattgefunden. Daraufhin hat der Zentralverband der Arbeitgeber seinen Mitgliedsen, soweit sie in den Streik getreten waren, die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit empfohlen. Die Arbeitgeber haben erklärt, aus Anlaß des Streiks keine Maßregelungen vorzunehmen.

Änderung der Einkommensteuer?

Antrag der Mehrheit in der Landesversammlung.

In der preussischen Landesversammlung haben die Demokraten, das Zentrum und die beiden sozialdemokratischen Parteien den Antrag eingebracht:

Die verfassunggebende Preussische Landesversammlung solle im Allgemeinen eine Besteuerung zu fordern, bei der das Einkommen in Betracht kommt, das auf jeden von diesem Einkommen zu unterhaltenden Kopf trifft.

Die Einkommensbesteuerung mit diesem Jahre des Reiches geworden ist, so kann die preussische Regierung, wenn, was vorauszusetzen ist, dieser Antrag angenommen wird, nur im Reichsrat eine dementsprechende Abänderung des Reichseinkommensteuergesetzes beantragen. Es ist anzunehmen, daß er in diesem Falle auch im Reichsrat von denselben Parteien eingebracht werden wird. Es ist dazu zu sagen: Nach dem Reichseinkommensteuergesetz der Gesamtbetrag des Einkommens ohne Rücksicht auf die Familie des Besitzen besteuert, wenn auch gewisse Erleichterungen entsprechend der Kinderzahl vorgesehen sind, dem vorliegenden Antrag aber würde der Gesamtbetrag die Steuerberechnung von vornherein dividiert werden durch die Zahl der Familienmitglieder, und die dabei herauskommenden Teilbeträge würden einzeln versteuert werden. Das Steuermaß progressiv steigt, so würde eine Besteuerung der Überträge addiert einen weit geringeren Ertrag ergeben, als Besteuerung des Gesamteinkommens, wie es jetzt vorgesehen ist.

Antisemitische Haltung Gewissenspflicht?

Der „Königliche Landrat“ v. Herzberg-Rottin gibt in der „Deutschen Zeitung“ mit „aufrichtiger Benützung“ den Inhalt der Deutschnationale Volkspartei unter Nummer 3 Rundschreiben vom Mai dieses Jahres lag:

Wir halten es im Gegensatz zur Deutschen Volkspartei für unsere Pflicht, beim Kampf für den deutschvölkischen Gedanken das Substantiv offen als den eigentlichen Feind des deutschen Volkstums zu bezeichnen, und in Nummer 6 Absatz 2, die antisemitische Haltung sei der Partei Gewissenspflicht!

Herr v. Herzberg bemerkt dazu: „Das ist ein freimütiges Bekenntnis zum Deutschtum, so, wie es die Deutschvölkischen immer von der Partei zu hören wünschten.“ Wir haben dem Inhalt hinzuzufügen. Diese offizielle Erklärung der Partei ist Herrlicher, Begerl und Genossen schafft auch für die Zukunft klare Verhältnisse.

Krustritte aus der evangelischen Landestrache.

Telegramm unseres Korrespondenten.)

O Defau, 23. Juli.

Anfolge der durch die Trennung von Staat und Kirche notwendig gewordenen Erhebung einer eigenen Steuer durch die Kirche sollte in Anhalt eine außerordentlich starke Krustrittebewegung aus der evangelischen Landestrache ein, alle Kreise der Bevölkerung erfasst. Am stärksten ist diese Bewegung in den nordkrustrittstädten; allein in Bernburg erfolgten gestern 100 Krustritte.

Reichsrat wider Reichstag.

Der Reichsminister des Innern hat dem Reichstag folgende Mitteilung gegeben: „Der Reichsrat hat in seiner Sitzung vom 6. Juli 1920 auf Grund des Artikels 74 der Reichsverfassung, gegen den vom Reichstag am 28. Juni 1920 beschlossenen Entwurf eines Gesetzes, betreffend Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder des Reichstags, Einspruch erhoben. Der Einspruch wurde mit der Erwägung begründet, daß der Reichstag am 6. Juli 1920 den von mir eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder des Reichstags beschlossen habe und daß dieses Gesetz vor dem am 28. Juni 1920 beschlossenen Gesetz in Kraft treten und auch nach den Absichten des Reichstags Anwendung behalten solle.“

Durch den Beschluß des Reichstags vom 28. Juni wurde den Reichstagsmitgliedern die gleiche Entschädigung wie den Mitgliedern der Nationalversammlung gewährt: monatlich 1000 Mark Aufwands-

Steinachs Altersbekämpfung

Die auffaeherehenden Untersuchungen des Wiener Biologen Steinach über die Verjüngung durch experimentelle Umbelebung der alternden Hypophysenröhre liegen im Druck vor. (Berlin bei J. Springer.) Sie bilden ein Buch von 120 Seiten mit 9 Tafeln und 7 Textabbildungen versehen. Steinach gibt in der Schrift eine genaue Darstellung seiner experimentellen Verjüngungsversuche an Tieren seit dem Jahre 1910. Die Beobachtungen, die er dabei machte, sind von einer außerordentlichen Wichtigkeit, denn sie zeigen, daß die Verjüngung des Alters nicht von einer unheilbaren Krankheit, sondern von einer sehr vorzeitigen Alterung des Organismus, bedingt werden kann. Diese sehr vorzeitige Alterung seiner Versuchstiere führt Steinach selbst noch dadurch zurück, daß er mit dieser Schilddrüsenoperation die Aufgabe des Hypophysenröhre für erledigt erklärt und die Übertragung der experimentellen Tierversuche auf den Menschen in das Gebiet der Verjüngung verweist.

Nun sind aber, das hat tausendfältige Erfahrung gelehrt, Verjüngung im allgemeinen nicht ohne weiteres auf den Menschen übertragbar, und so laufen denn die Erfolge in der praktischen Verjüngung durchaus nicht immer parallel mit den Ergebnissen der experimentellen Physiologie. Das muß man auch bedenken, wenn man sich die experimentelle Entdeckung Steinachs berücksichtigen will, nicht wiederum bei Optimisten Hoffnungen zu erwecken, die sich nicht verwirklichen. Am Krankenbett gestalten sich die Dinge immer so wie im Laboratorium, und der ärztliche Praktiker kann oft genug mit den Methoden des Experimentators nichts anrichten.

Amar hat Steinach mit seinem Eingriffen bei drei Männern ähnliche Veränderungen im Alterungsprozess erzielt wie bei Tieren; bei Frauen hat er entsprechende Versuche noch nicht angestellt. Danach ist die Zahl der beobachteten Fälle beim Menschen so gering, daß man zunächst abwarten muß, ob sie etwa vereinzelte bleiben, oder ob es sich tatsächlich um einen gelegentlich und regelmäßig wiederkehrenden Erfolg handelt. Der Bedeutung der Steinachs'schen Forschungen wird kein Abbruch getan, wenn die weitgehenden Hoffnungen, die in der ersten Begeisterung daran geknüpft wurden, sich nicht in allen Punkten erfüllen. Die Entdeckung bleibt auch dann eine der größten auf dem Gebiet experimenteller Physiologie, wenn wie das voraussichtlich nach den Erfahrungen auf anderen medizinischen Gebieten sich zeigen wird, die menschliche Organismus im allgemeinen auf den fraglichen Eingriffen anders reagiert wie das Tier.

Entschädigung. Der am 6. Juli im Reichstag angenommene Gesetzentwurf des Reichsministers des Innern setzte die Aufwandsentschädigung auf monatlich 1500 Mark fest.

Die „politisch entrechteten“ Primaner.

Eine Kleine Anfrage.

Die Deutsche Volkspartei der preussischen Landesversammlung hat folgende kleine Anfrage an die Regierung gerichtet: „Nach einem Erlaß des Herrn Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ist wahlunmündigen Schülern der Beitritt zu parteipolitischen Vereinigungen und die Teilnahme an deren Veranstaltungen verboten. Dieser Erlaß hat lebhafteste Verurteilung in den Kreisen der Elternschaft unserer höheren Schulen hervorgerufen, da er solchen Jugendlichen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, die ihnen durch das Reichsverwaltungsrecht gewährleisteten Rechte schmälert. Wie geht die Staatsregierung diese Benachteiligung der Schüler an höheren Lehranstalten gegenüber solchen Jugendlichen, die nicht die höheren Schulen besuchen, zu rechtfertigen?“

Die Deutschnationale Volkspartei hat folgenden Antrag eingebracht: Die verfassunggebende Preussische Landesversammlung wolle beschließen: im Einvernehmen mit der Regierung schleunigst geeignete Maßnahmen zu treffen, um die schweren Schäden, die zahlreiche preussische Staatsbürger bei der Auswanderung aus dem an Polen abgetretenen Gebietsteilen dadurch erlitten haben, daß sie wesentliche Teile ihrer Habe gegen polnische Geld verlieren mußten und alle ihre Forderungen in den abgetretenen Gebieten nur in polnischen Geld bezahlt wurden, als unverschuldeten Kriegsschäden den Betroffenen tunlichst zu ersetzen.“

Vorbereitungen im Reichswirtschaftsrat.

Die zehn einzelnen Gruppen des Reichswirtschaftsrats sind heute in Sonderberatungen zu Vorbereitungen für die über das Spaan-Abkommen zusammengetreten. Für die Abklärung des Spaan-Abkommens wird eine Resolution vorbereitet, in der die wirtschaftlichen Direktiven angegeben werden sollen, die sich aus der Auswertung der Verhandlungen in Spaan ergeben.

Einigung in der Betriebsrätefrage?

Das Kompromiß mit den Gewerkschaften.

Eine Vollversammlung der Gewerkschaftskommission Berlins fand am Donnerstag im Gewerkschaftshaus statt, die sich mit der Zusammenfassung der Betriebsräte durch die Gewerkschaften zu befassen hatte. Ueber die bisherigen Verhandlungen der Gewerkschaftskommission mit der Betriebsrätezentrale in der Ringstraße referierte Sabath. Er teilte mit, daß zwischen beiden Körperlichkeiten nur noch wenige Differenzen beständen. So sei über die Wahlbarkeit in den Generalversammlungen der Betriebsräte und über die Finanzierung eine Verständigung erzielt. Es stehe noch die Einigung über den organisatorischen Ausbau der Betriebsräte aus. Zum Betriebsrat könne jeder gewählt werden, der ein Jahr gewerkschaftlicher Tätigkeit hinter sich habe. In den in der letzten Zeit erfolgten Gruppenversammlungen der Betriebsräte sei man einmütig zu dem Entschluß gekommen, den Streit über die Form der Organisation möglichst bald aufzugeben. Der Ausschuss stehe auf dem Standpunkt, daß eine innige Verbindung der Betriebsräte mit den Gewerkschaften dringender notwendig sei. Die diesbezügliche Vorlage müsse der Boden bilden, auf dem die Gewerkschaften stehen, und eine Basis für die Verständigung bilden mit der Abänderung hinsichtlich der Finanzierung. Der Ausschuss schlägt vor, daß die Zentrale der Betriebsräte gebildet werden soll aus drei Vertretern der Gewerkschaftskommission, den Vertretern der Betriebsrätezentrale in der Ringstraße, je einem Vertreter der Betriebsrätezentrale (in den Zentren), je einer der Kommunistischen Partei und der Na. Schließlich erludt der Ausschuss einen Konvent der Betriebsräte baldigst einzuberufen, der sich mit der Organisation der Betriebsräte zu beschaffen haben wird. Seine Vertreter sollen durch noch zu schaffende öffentliche Ausschüsse ernannt werden. Der größte Teil der Disziplinarorganisationen gewährt werden. Der Ausschuss ist einflußreicher war mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und nur gegen wenige Stimmen wurde der Ausschuss ermächtigt, in dem, von seinem Referenten vorgeschlagenen Sinne, die Verhandlungen fortzusetzen.

Ein neuer vorkührender Sekretär der Berliner Akademie.

Die Berliner Akademie der Wissenschaften hat für die Nachfolge von Hermann Diers, der zum 1. Oktober den Posten des vorkührenden Sekretärs nach 23jähriger Wirksamkeit niederlegte, ihr Mitglied Professor Heinrich Lüders zum vorkührenden Sekretär der philosophisch-historischen Klasse gewählt. Lüders, der seit 1909 die Wissenschaft des Sanskrit in der Akademie — wie auch an der Universität — als Nachfolger Lüders vertritt, ist der jüngste der vier leitenden Männer der Akademie, deren Junior er in der Jubiläumssitzung am 25. Juni 1909 in Lübeck geboren, wurde er in der Jubiläumssitzung 1910 von Diers selbst als neues Mitglied begrüßt. Die Akademie sprach sich dem besonders viel von seiner Hilfe für die Revitalisierung der gewaltigen Aufgabe, die von der internationalen Assoziation der Akademien in Aussicht genommen war, der freilich Ausgabe des Mahabharata. Nun sind die internationalen Bande der Wissenschaft geworden. Dafür ist dem Gelehrten inzwischen bei der Bewältigung der Ergebnisse der preussischen Turfan-Expeditionen eine Entdeckung ersten Ranges gelungen, die Entzifferung von Dramenresten in Sanskrit und Vedaiddialekten, die etwa 5 Jahrhunderte vor den bisher bekannten ältesten Dramen Kallidasa liegen. Diese Reste einer generalakademischen Palmbliothek sind Lüders in den „Druckstufen buddhistischer Dramen“ 1911 veröffentlicht und später nachgewiesen, daß eines davon von Abogahola herührt. Bei der Zusammenfassung und Entzifferung dieser bedeutungsvollen Funde hat ihn übrigens seine gelehrte Gattin wirksam unterstützt.

O Der Friedrich-Wilhelm-Tag der Berliner Universität. Die Erinnerung an den Stifter der Friedrich-Wilhelms-Universität maghäft, wird am 3. August, mittags 12 Uhr, in der neuen Aula der Universität durch einen Festakt geieiert. Die Festrede hält der Rektor Prof. Eduard Meyer, der im Anschluß daran das Ergebnis der Preisaufgaben bekanntgibt.

Konferenz von Studentenvereinen aus neutralen Ländern. Auf Einladung des internationalen Komitees der dänischen Studenten findet in diesen Tagen in Kopenhagen eine Konferenz von Vertretern der Studentenvereine aus Island, Finnland, Norwegen, Schweden, Spanien, Holland und der Schweiz statt.

Wissenschaftliche Nachrichten. Zum Rektor der Handelshochschule in Berlin für die Rektoratsperiode 1920/21 wurde der Professor Dr. Hubert J. A. Mathens gewählt.

Professor Hans Hahn von der Bonner Universität hat eine Besprechung an die mathematische Fakultät der Wiener Universität angeschlossen. Professor Hans Hahn von der Bonner Universität wird das Kommando für das Kaiserliche Institut für die physikalische Fakultät der Bonner Universität ernannt. Der Ordinarius der Stadt Bukura, zum Ehrenbürger.

Absfözung des Vorbereitungsdiensies der Referendare.

Demokratisierung der Verwaltung.

In den allgemeinen Bemerkungen, mit denen der Präsident der preussischen Justiz-Prüfungskommission den Jahresbericht über die im Jahre 1919 erzielten Ergebnisse der großen Staatsprüfung begleitet, hat er als bemerkenswerteste Tatsache festgestellt, daß Kriegsteilnehmer, die in der für sie auf drei Jahre herabgesetzten Vorbereitungszeit mit Ernst und Eingebe ihrer Ausbildung obliegen haben, in ihren Leistungen im wesentlichen auf derselben Linie standen wie solche Referendare, die ohne Unterbrechung durch längeren Kriegsdienst volle vier Jahre Vorbereitungszeit zurückgelegt hatten (Justiz-Ministerial-Blatt 1920 Seite 213). Dadurch ist der Beweis geliefert, daß im allgemeinen diejenigen Referendare, die ihre Kräfte gehörig anspannen, um rechtzeitig das Ziel zu erreichen, auch in einer um ein Jahr kürzeren Frist als der bisher vorgeschriebenen, sich die praktischen und theoretischen Kenntnisse aneignen können, die zum Bestehen der großen Staatsprüfung erforderlich sind. Zugleich war durch jene Feststellung (außerdem wohl auch durch den sich fühlbaren Mangel an Gerichtsauffsehern der Boden für die Erfüllung desjenigen Wunsches vorbereitet, welchen der nun die Befreiung der Lage seiner Landesgenossen eifrig bemühte „Bund der deutschen Referendare und Rechtspraktikanten“ in seiner Eingabe aus dem März dieses Jahres der Nationalversammlung unterbreitet hat, nämlich das Wunsches nach Herabsetzung der Dauer des juristischen Vorbereitungsdiensies auf drei Jahre.

Durch das preussische Gesetz vom 6. Mai d. J. und durch ein weiteres, am 8. Juli d. J. von der preussischen Landesversammlung angenommenes Gesetz ist nun sowohl für die Gerichts- als auch für die Regierungsreferendare der Vorbereitungsdiensie auf drei Jahre abgekürzt worden. Daneben hat der preussische Justizminister in der allgemeinen Verfügung vom 15. Mai (Justiz-Ministerial-Blatt 1920 Seite 194) von der rechtsgewöhnlichen Ermächtigung Gebrauch gemacht, den Kriegsteilnehmern eine weitere Vergünstigung hinsichtlich des Vorbereitungsdiensies zuteil werden zu lassen; eine ähnliche Vergünstigung der Minister des Innern und der Finanzen wird voraussichtlich nachfolgen. Die Vergünstigung besteht für die Gerichtsreferendare darin, daß die Dauer des Vorbereitungsdiensies bloß zwei Jahre sechs Monate für diejenigen beträgt, die als Kriegsteilnehmer auf dem Kriegsschauplatz mindestens sechs Monate der Kriegsdienstausübung gewesen sind oder bei kürzerer Dauer der Kriegsdienstausübung folgende Verwendungen oder aus einem sonstigen ihnen nicht anzurechnenden Grunde bei der lämpfenden Truppe nicht mehr verwendet werden konnten, vorausgesetzt, daß ihr Kriegsdienst mindestens sechs Monate betragen hat.

Je kürzer hiernach die Spanne Zeit ist, auf welche die Vorbereitungszeit zusammengeknüpft worden ist, und je umfangreicher und schwieriger sich von Tag zu Tag der Stoff gestaltet, der von den Referendaren in der Zwischenzeit bis zur Staatsprüfung zu bewältigen ist, um so höher steigen sich die Anforderungen, die an die Gewissenhaftigkeit und das Verständnis der mit der Ausbildung der Referendare betrauten Richter und Verwaltungsbeamten zu stellen sind. In der allgemeinen Verfügung des Justizministers vom 17. Mai dieses Jahres (Justiz-Ministerial-Blatt 1920 Seite 205) wird daher mit Recht auf die sorgfältige Auswahl der Lehraufseher besonderes Gewicht gelegt. Auch das wird dort in Erinnerung gebracht, daß die Referendare von solchen Arbeiten befreit werden, deren Ausbildungswert der zu leistenden Arbeit nicht entspricht.“ Mit anderen Worten: sie sollen insbesondere nicht zu solchen Arbeiten misbraucht werden, die lediglich zur Erleichterung der Arbeiten anderer Beamten dienen.

Zugleich mit der Kürzung des Vorbereitungsdiensies der Regierungsreferendare ist von der preussischen Landesversammlung eine andere Vorkehrung angenommen worden, durch welche eine wesentliche Änderung der Vorschriften über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst eingeführt worden ist. Bisher wurde dieselbe durch die Ablegung zweier Prüfungen, einer juristischen und einer verwaltungsrechtlichen, erlangt. Deren Ablegung bildete die Voraussetzung für die Berufung zu den im § 10 des Gesetzes vom 10. August 1906 näher bezeichneten Stellen im höheren Verwaltungsdienst. Die jetzige Änderung geht insbesondere dahin, daß die Minister des Innern und der Finanzen ermächtigt sind, von der Erfüllung dieser Vorbedingung abzugehen. Sie dürfen vielmehr ausnahmsweise auch solchen Personen die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst zuerkennen, die sich auf Grund ihrer fachlichen Vorbildung und einer mindestens dreijährigen Tätigkeit im öffentlichen Verwaltungsdienst für die Stellung eines höheren Verwaltungsbeamten als besonders geeignet erwiesen haben. „Freie Wahl den Tüchtigen“ gilt also auch im Bereich des höheren Verwaltungsdienstes und soll qualifizierten Bewerber von jetzt an auch dann zurufen kommen, wenn sie nicht aus denjenigen Kreisen hervorgegangen sind, die von der freisprecher Regierung bei der Befähigung höherer Verwaltungsstellen bevorzugt worden sind. Die Neuerung beruht auf einem Antrag von Dominicus (und Genossen). Sie geht also von einem erfahrenen Verwaltungsbeamten aus, so daß angenommen werden darf, daß sie sich als eine für das Interesse des Verwaltungsdienstes erprobliche Maßregel bewähren wird.

Geh. Justizrat Hugo Freudenthal.

24ständiger Generalfreik in Bayern?

München, 23. Juli. (Z. U.)

Zu den gestern abend abgehaltenen Besprechungen der Unabhängigen wurden Entschiedenungen angestimmt, eines 24ständigen Generalfreikens wegen der Nichtfreilassung der Festungsgesangenen, die in den Landtag gewählt worden sind, angenommen. Von einigen kommunistischen Rednern wurden revolutionäre Drohungen gegen die Regierung und den Landtag laut.

Ausscheiden Dr. Haas aus der badischen Regierung.

Karlsruhe, 23. Juli. (Z. U.)

Bei der bevorstehenden Umbildung der badischen Regierung wird auch der demokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Ludwig Haas, der als Staatsrat dem Kabinett angehört, auf seinen Wunsch aus der Regierung ausscheiden, um sich ganz der Ausübung seines Reichstagsmandats widmen zu können.

Morgen voraussichtlich Wetter in Berlin und Umgebung. Nachts etwas kühler, am Tage wieder ziemlich warm, zeitweise heiter, jedoch überaus bewölkt bei mäßigen südlichen Winden. Gewitter und Gewitterregen.

Der Raubmord im Hotel „Münchener Hof“.

Das gestern abend, wie berichtet, im Hotel Münchener Hof in der Königsplatzstraße 84 entdeckte Verbrechen...

Die weiteren Ermittlungen der Kriminalpolizei haben ergeben, daß dem Wirtspaar hohe Werte an Schmuck...

Der Mörder der Witwe Thielenmann aus der Köpenicker Straße 102 konnte trotz der unfaßlichen Fahndungen...

Beendigung des Streits in der Lebensmittelfrage. Nach dem vierundzwanzigstägigen Dauer...

Interkationen im städtischen Jugendamt.

Auf eigenartige Weise ist der Berliner Magistrat hinter Verhörungen des Inspektors Gwerc...

Der Juwelendiebstahl in Marierbad. Der von der Marierbader Polizei verhaftete Haupttäter...

Beamtentournee der Berliner Polizei. Die im Rahmen der Beamtentournee...

Berliner Fonds-Börse 23. Juli 1920.

Abgeschwächt nur Valutapapiere sehr fest.

Der Rückgang des Markkurses an den ausländischen Börsen...

Montanmarkt. Bismarckhütte (-10), Laurahütte (-10), Oberdorf (-10)...

Bankaktien. Deutsche Bank (+10), Reichsbank (+10), Dresdner Bank (+10)...

Table with 2 columns: Stock Name and Price. Includes titles like 'Einheitskurse', 'Staatstaktien', 'Bankaktien'.

Table with 2 columns: Stock Name and Price. Includes titles like 'Ausland', 'Schuldversch.', 'Industrielle'.

Table with 2 columns: Stock Name and Price. Includes titles like 'Industrielle', 'Schuldversch.', 'Bankaktien'.

Table with 2 columns: Stock Name and Price. Includes titles like 'Schuldversch.', 'Bankaktien', 'Industrielle'.

Table with 2 columns: Stock Name and Price. Includes titles like 'Schuldversch.', 'Bankaktien', 'Industrielle'.

Table with 2 columns: Stock Name and Price. Includes titles like 'Schuldversch.', 'Bankaktien', 'Industrielle'.

Table with 2 columns: Stock Name and Price. Includes titles like 'Schuldversch.', 'Bankaktien', 'Industrielle'.

Table with 2 columns: Stock Name and Price. Includes titles like 'Bankaktien', 'Schuldversch.', 'Industrielle'.

Table with 2 columns: Stock Name and Price. Includes titles like 'Bankaktien', 'Schuldversch.', 'Industrielle'.

Table with 2 columns: Stock Name and Price. Includes titles like 'Bankaktien', 'Schuldversch.', 'Industrielle'.

Table with 2 columns: Stock Name and Price. Includes titles like 'Bankaktien', 'Schuldversch.', 'Industrielle'.

Table with 2 columns: Stock Name and Price. Includes titles like 'Bankaktien', 'Schuldversch.', 'Industrielle'.

Table with 2 columns: Stock Name and Price. Includes titles like 'Bankaktien', 'Schuldversch.', 'Industrielle'.

Table with 2 columns: Stock Name and Price. Includes titles like 'Bankaktien', 'Schuldversch.', 'Industrielle'.

Table with 2 columns: Stock Name and Price. Includes titles like 'Bankaktien', 'Schuldversch.', 'Industrielle'.

Table with 2 columns: Stock Name and Price. Includes titles like 'Bankaktien', 'Schuldversch.', 'Industrielle'.

Table with 2 columns: Stock Name and Price. Includes titles like 'Bankaktien', 'Schuldversch.', 'Industrielle'.

Table with 2 columns: Stock Name and Price. Includes titles like 'Bankaktien', 'Schuldversch.', 'Industrielle'.

Table with 2 columns: Stock Name and Price. Includes titles like 'Bankaktien', 'Schuldversch.', 'Industrielle'.

Table with 2 columns: Stock Name and Price. Includes titles like 'Bankaktien', 'Schuldversch.', 'Industrielle'.

Table with 2 columns: Stock Name and Price. Includes titles like 'Bankaktien', 'Schuldversch.', 'Industrielle'.

